

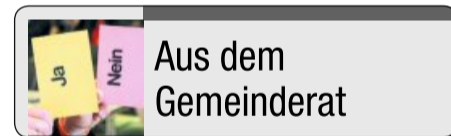
Emotionen um Nachverdichtung

Ein Antrag in Sachen Waldstadt führt zu Populismus-Vorwürfen

Das Thema Nachverdichtung ist in mehreren Stadtteilen virulent. Besonders groß ist der Ärger in der Waldstadt wegen einer als viel zu groß empfundenen angedachten Bebauung in der Kolberger Straße. Vor der Gemeinderatsitzung gab es auch eine Protestkundgebung von Nachverdichtungsgegnern. Kult, FDP, Freie Wähler und Für Karlsruhe hatten nun beantragt, die geplante Bebauung in der Kolberger Straße 3–5 abzustufen: Auf dem ehemaligen Tankstellengelände soll die Höhe auf maximal drei Stockwerke, auf dem ehemaligen Garagenhof auf maximal vier Stockwerke und ab der Kurve in östlicher Richtung auf maximal fünf Stockwerke begrenzt werden. Außerdem sollen die Abstände zu den bestehenden Wohnbebauungen vergrößert werden. „Wir haben die Sorgen und Ängste der Bürger aufgegriffen“, so Lüppo Cramer, Fraktionsvorsitzender der Kult.

Bei den anderen Fraktionen löste dieser Antrag heftige Reaktionen aus. „Dieser Antrag ist wahlkampfgetrieben und an Populismus nicht mehr zu überbieten“, schimpfte CDU-Stadtrat Sven Maier. „Wir waren alle im Gespräch mit den Bürgern.“ Der CDU sei ebenfalls klar, dass „so wie es geplant ist, nicht gehen kann“. Doch der Antrag streue den Bürgern Sand in die Augen, zumal der Runde Tisch bereits für die kommende Woche terminiert sei. Kritik gab es auch von Michael Zeh (SPD), er verwies ebenfalls auf die Gespräche mit den Bürgern. Und natürlich müssten Kompromisse gemacht werden.

Auch Johannes Honné (Grüne) nannte den Antrag „populistisch“. Was die Antragsteller vorgeschlagen hätten, würde doch nun im Verfahren geprüft. Tho-



mas Hock (FDP) wies heftig den Vorwurf des Populismus zurück und erinnerte die CDU an ihren Rheinbrückenantrag in der vergangenen Sitzung. „Wir wollen zusammen mit den Bür-

gern eine verträgliche Lösung.“ Friedemann Kalmbach (Für Karlsruhe) sah beim Bürger eine entstehende Politikverdrossenheit, erinnerte an die Debatten vor Jahren mit dem Bürger in der Waldstadt über die sogenannte Rahmenplanung. „Und dann wird es doch anders gemacht.“ Auch Paul Schmidt (AfD) unterstützte den Antrag. Den Ärger der Bürger in der Waldstadt könne er verstehen – „die Bürger dort durften noch nicht einmal ein halbes Stockwerk auf ihr Haus aufstocken“.

Allerdings kam es nicht zur Abstimmung, die Mehrheit verwies den Antrag

in den Planungsausschuss, was wiederum bei den Antragstellern zu heftiger Kritik führte. Zu dem Runden Tisch sollen Vertretungen der Fraktionen, der Bürgerinitiative Kolberger Straße und des Bürgervereins Waldstadt eingeladen werden. OB Frank Mentrup räumte ein, dass man eine „Lernkurve“ mache, was Beteiligungsprozesse angehe. „Aber auch bisher war das schon ein vernünftiger Prozess“. Er wehrte sich aber gegen überzogene Vorwürfe. „Soll man nicht auf einem Garagenhof auch eine sechs- bis achtgeschossige Bebauung planen können?“ Man müsse Grundstück für Grundstück, Stadtteil für Stadtteil diskutieren, wo Nachverdichtung noch möglich ist. Für ihn sei nicht die Nachverdichtungsdebatte die zentrale Debatte in der Stadt, sondern die Frage der Wohnungsnot, kontierte er auf eine Bemerkung von Tom Høyem (FDP). Theo Westermann